

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Maier, Armin-Paulus Hampel, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Robby Schlund, Dr. Götz Frömming, Stefan Keuter und der Fraktion der AfD

Neuordnung der deutschen Sahelpolitik anhand realpolitischer Richtlinien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Sahelpolitik ist seit Jahrzehnten von Wunschvorstellungen, Ideologie und Naivität geprägt. Sämtliche Versuche der deutschen Bundesregierung westliche Werte und Strukturen in Afrika zu etablieren sind gescheitert.

Die deutsche Politik in dieser zunehmend wichtiger werdenden Region ist teils eine Reaktion auf sicherheitspolitische Entwicklungen (so besonders bei der militärischen Intervention in Mali), teils die Fortsetzung von seit längerer Zeit laufenden Engagements im entwicklungspolitischen Bereich (vor allem in Niger und Burkina Faso), teils der Anschluss an internationale Engagements in der Sahelzone, wie sie sich in der mehr oder weniger koordinierten Mali- und Nigerpolitik der G5-Staaten, aber auch in multinationalen Militäraktionen wie EUTM Mali manifestieren.

Dass die gesamte Sahelregion lange Zeit unter dem Wahrnehmungshorizont der deutschen Außenpolitik und, sofern man einer solchen überhaupt sprechen kann, der deutschen Afrikapolitik blieb, hängt damit zusammen, dass die Region einerseits durch keine spektakulären, weit ausgreifenden Unruhen charakterisiert war (soweit es sie gab, wurden sie stets von der französischen Vormacht in der Region entschärft bzw. unterdrückt), andererseits aber auch keine herausragenden deutschen Wirtschaftsinteressen dort zu bestehen schienen. Sowohl die mineralischen Rohstoff- wie auch die Agrarexporte der Länder der Region waren quantitativ eher bescheiden und galten als Domäne der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Das gravierendste Erbe der Kolonial epoche – der von den Kolonialmächten vorgenommene Zuschnitt der neuen, unabhängigen Staaten, der jegliche ethnische, historische, kulturelle oder religiöse Zusammenhänge außer Acht ließ – wurde nicht in den Blick genommen. Damit wurde auch das sich entwickelnde Konfliktpotential nicht wahrgenommen, das sich aus der administrativen Zerschneidung vormals zusammenhängender Wirtschaftsräume und kulturell wie sprachlich zusammenhängender Räume ergab.

Dies änderte sich mit dem Heraufkommen des radikalen, auch bewaffnet auftretenden Islam, der der Region indessen durchaus nicht fremd war. So war z. B. Timbuktu im Norden Malis schon seit Jahrhunderten ein Zentrum der islamischen Gelehrsamkeit,

in dem eine besonders strikte Auslegung des Korans gepflegt wurde. Die radikalislamistischen Bewegungen in der Sahelregion speisen sich sowohl aus den von der arabischen Halbinsel kommenden Ideen, wie sie sich u. a. in Al Qaeda, im „Islamischen Staat“ oder, etwas abgeschwächt in den Ikhwan (den muslimischen Brüdern) konkretisieren, wie auch in der traditionellen Theologie Timbuktus.

Im Gefolge der Aufmerksamkeit, die die bewaffneten Konflikte in der Region seit 2012 erregten, kamen den europäischen Beobachtern auch weitere zentrale Probleme der Sahelstaaten in den Blick, so etwa die secessionistischen Bestrebungen im ethnisch, kulturell, religiös und sprachlich extrem heterogen zusammengesetzten Mali. Zunehmend fand auch (vor allem in Frankreich, das den Entwicklungen in der Region stets viel näher war als Deutschland oder andere EU-Länder) die Aufmerksamkeit, was inzwischen von den Regierungen der Sahelstaaten selbst als „demographische Katastrophe“ bezeichnet wird, d. h. ein explosives Bevölkerungswachstum, das jeden wirtschaftlichen Fortschritt zunichtemacht. Mali z. B. hatte in den 1960er Jahren eine Bevölkerung von vier Millionen Menschen, heute von ca. 22 Millionen und für die Zeit ab 2050 werden 60 Millionen Einwohner erwartet, für deren Ernährung alle Voraussetzungen fehlen (für den Ackerbau sind weniger als 2 % der Gesamtfläche des Landes geeignet). Schon heute leben in den meisten Sahelstaaten große Teile der Bevölkerung von ausländischen Lebensmittelpenden, ein Zustand, der nicht als auf Dauer garantiert angesehen werden kann. Immerhin hat die französische Entwicklungsagentur AFD die Demographie zu einem der zentralen Gegenstände ihres Sahel-Konzepts gemacht, während dieses Schlüsselproblem in den programmatischen Dokumenten der GIZ entweder gar nicht oder allenfalls in Nebensätzen auftaucht.

Ein Problem, das in deutschen entwicklungspolitischen Konzepten nicht hinreichend berücksichtigt wird, ist die durch die Unruhen verstärkte faktische Abwesenheit der Staatsmacht in großen Teilen von Mali, Niger und Burkina Faso, z. T. auch im Tschad. In der Folge sind dort wirtschaftliche oder bildungspolitische Entwicklungsprojekte nicht möglich, die Bevölkerung wendet sich hilfesuchend denjenigen zu, die die faktische Macht ausüben, also die islamistischen bzw. secessionistischen Organisationen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nicht in die inneren Angelegenheiten afrikanischer Staaten einzumischen, dies schließt eine enge Zusammenarbeit auf Augenhöhe nicht aus;
2. in Nord-West-Afrika stärker mit Frankreich zusammenzuarbeiten und die jeweilige Afrika-Strategie beider Länder eng miteinander abzustimmen;
3. für die Förderung föderaler Strukturen in Vielvölkerstaaten wie Mali zu werben;
4. die rechtlichen Möglichkeiten zur Schaffung von UN-Schutzzonen zur Stabilisierung von gescheiterten Staaten zu prüfen;
5. sowie den Brain-Drain aus afrikanischen Staaten nach Europa zu stoppen und nicht zum eigenen Vorteil afrikanische Fachkräfte abzuwerben.

Berlin, den 24. November 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Das Konzept für das politische und wirtschaftliche Engagement Deutschlands in der Sahelzone sollte von folgenden Richtlinien ausgehen:

1. Die deutsche wirtschaftliche und entwicklungspolitische Tätigkeit in der Region geht von einer Gleichrangigkeit der deutschen und der Interessen der Länder aus, die ihr Gegenstand sind. Dies schließt enge Kooperationen mit anderen europäischen Ländern – in Afrika insbesondere mit Frankreich – nicht aus.
2. Das wirtschaftliche Engagement des deutschen Staates in der Sahelzone muss mit der dort engagierten deutschen Wirtschaft abgestimmt sein. Investitionen der Wirtschaft werden von staatlicher Seite unterstützt, z.B. mit begleitenden Investitionen in Infrastruktur, Vermittlung von Know-how, Aus- und Fortbildung geeigneter lokaler Arbeitskräfte, Erleichterung des Zugangs der Zielländer zu Krediten für die Schaffung von Joint-Ventures usw. Investitionen in zusammenhanglose, ideologisch motivierte Kleinprojekte wie sie derzeit in der Technischen Zusammenarbeit verbreitet vorkommen, sind ausgeschlossen. Auch wenn die meisten afrikanischen Staaten derzeit hauptsächlich Rohstoffexporteure sind, sollte die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen über dieses Niveau hinausgehen und zumindest auch die ersten Verarbeitungsstufen der gewonnenen Rohstoffe ermöglichen, um damit positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung der Partnerländer zu erzielen.
3. Die deutsche Sahelpolitik muss von dem gegenwärtigen Zuschnitt der dortigen Staaten ausgehen, mit ihrer zumeist von den Kolonialmächten vorgenommenen, willkürlichen Grenzziehung, die keine Rücksicht auf die ethnischen, sprachlichen, kulturellen und religiösen Gegebenheiten nimmt. Angesichts der eben dadurch verursachten vielfältigen Konflikte sollte sie aber in den afrikanischen Vielvölkerstaaten die Föderalisierung des Staatsaufbaus mit weitgehenden Autonomierechten für die einzelnen Ethnien fördern. Dies erscheint in vielen afrikanischen Partnerstaaten als Voraussetzung für die Präsenz und Akzeptanz des Staates in dessen gesamtem Territorium. Wird der Staat als Feind oder Unterdrücker wahrgenommen, sind separatistische, religiös oder politisch motivierte Widerstandsbewegungen die Folge.
4. Militärische Interventionen in afrikanischen Ländern kommen zunächst nur dann in Frage, wenn sie die langfristige Stabilität der betreffenden Länder tatsächlich zu sichern vermögen. Dies setzt die Förderung des Interessenausgleichs zwischen den meist sehr heterogen zusammengesetzten Volksgruppen der von den Kolonialmächten geschaffenen Staaten voraus. Militärische Interventionen können aber auch dann gerechtfertigt sein, wenn deutschen Investitionen bedroht sind oder wenn radikale Kräfte den Frieden ganzer Regionen bedrohen und damit auch europäische Interessen massiv verletzen.
5. Das Problem der alle wirtschaftlichen Fortschritte zunichtemachenden demographischen Entwicklung in der Sahelregion muss ins Zentrum aller entwicklungspolitischen Anstrengungen in diesem Weltteil gerückt werden. Dies bedarf zweifellos der engen Verzahnung deutscher Entwicklungsprojekte mit ähnlichen Anstrengungen anderer, staatlicher oder privater, Geldgeber.
6. Als Partner deutschen Entwicklungsprojekte kommen alle gesellschaftlichen und politischen Organisationen in der Region in Frage, die an einer friedlichen Entwicklung interessiert und in der Lage sind, effektive Beiträge zur Prosperität ihrer Länder zu leisten. Sie sollten nicht nach deutschen ideologischen Kriterien bestimmt sein, sondern den Zugang zu der mentalen Situation der Adressaten der Entwicklungspolitik, also der gesamten Bevölkerung dieser Region gewährleisten können.

